

Antwort

der Landesregierung
auf die Kleine Anfrage Nr. 942
der Abgeordneten Heide Schinowsky und Benjamin Raschke
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/2198

Aktivitäten zur Eindämmung der Sulfatbelastung der Spree

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 942 vom 31.07.2015:

Sulfat gelangt unter anderem im Zuge der Braunkohleförderung über abgepumptes Sumpfungswasser in die Spree. Die fünf aktiven Vattenfall-Tagebaue sollen dabei bis zu 75 Prozent der Sulfatfracht in die Spree eintragen. Für aufbereitetes Trinkwasser gilt ein Grenzwert von 250 mg/l Sulfat, zu hohe Sulfatkonzentrationen im Trinkwasser können zu Durchfall führen. Die gemeinsame Arbeitsgruppe aus Bundesländern und Unternehmen „Flussgebietsbewirtschaftung Spree, Schwarze Elster und Lausitzer Neiße“ hat für Oberflächengewässer Zielwerte für verschiedene Messpunkte formuliert. So gilt für die Landesmessstelle Wilhelmsthal (bei Spremberg) ein Zielwert von 450 mg/l Sulfat. Der Jahresmittelwert dieser Messstelle wurde mit 471 mg/l im Jahr 2014 deutlich überschritten. Auch der Jahresmittelwert für Neu Zittau (260 mg/l) legt nahe, dass der Zielwert von 220 mg/l Sulfat für das nur fünf Kilometer flussabwärts gelegene Rahnsdorf überschritten worden sein könnte. Laut wasserrechtlicher Genehmigung für den aktiven Tagebau können dem Bergbaubetreiber verpflichtende Maßnahmen auferlegt werden, wenn Zielwerte überschritten werden. Von dieser Möglichkeit will die Landesregierung derzeit keinen Gebrauch machen. Nun bekräftigte der Umweltstaatssekretär Christian Gaebler in der Sitzung des Berliner Umweltausschusses am 22. April 2015, dass es derzeit Diskussionen gebe, Sulfat-Emissionszielwerte für die Einleitung von Sumpfungswasser aus den Tagebauen der Firma Vattenfall zu erhöhen (vgl. Protokoll 57. Sitzung StadtUm Berlin). Zudem plant der Senat von Berlin ein Gutachten zur Vorhersage der Sulfatkonzentrationen in der Spree erstellen zu lassen. Die Brandenburger Landesregierung verkündete, diese Initiative zu unterstützen und auf Basis der Erkenntnisse mit dem Bergbausanierer LMBV erneut über erforderliche Maßnahmen und deren Finanzierung zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung durch das Wasserwerk Briesen für den Großraum Frankfurt (Oder) und Teile des Landkreises Oder-Spree zu diskutieren (vgl. Mündliche Anfrage 266 vom 9. Juli 2015). Die Sulfatwerte der Spree in Ostbrandenburg haben sich zuletzt so erhöht, dass möglicherweise bereits im Herbst 2015 eine Einhaltung des Trinkwasserschutz-Grenzwertes nicht mehr gesichert werden kann, waren die Wasserwerke Briesen.

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Emissionszielwerte galten bisher für die Einleitung von Sumpfungswässern aus den aktiven Tagebauen des Betreibers Vattenfall in der Lausitz in die Oberflächengewässer?
2. Wie haben sich die tatsächlichen Emissionswerte von Sulfat in den einzuleitenden Sumpfungswässern aus den aktiven Tagebauen des Betreibers Vattenfall in den letzten drei Jahren entwickelt (bitte auch die Maximalkonzentrationen angeben)?
3. In welchem Umfang sollen diese Emissionszielwerte nach den Vorstellungen von Vattenfall erhöht werden und wie bewertet die Landesregierung diese Forderung?
4. Werden die Emissionszielwerte für Sumpfungswässer aus den aktiven Tagebauen ebenfalls auf Grundlage des Sulfatmonitorings im Rahmen der AG „Flussgebietsbewirtschaftung“ festgelegt? Wenn ja, welche wissenschaftlichen Einrichtungen bzw. ExpertInnen sind hieran beteiligt? Wenn nein, auf welcher wissenschaftlichen Grundlage werden diese Emissionswerte abgeleitet?
5. Ab welchen Sulfatkonzentrationen im einzuleitenden Sumpfungswasser wird das Land Brandenburg dem Bergbaubetreiber Vattenfall konkrete Auflagen zur Eindämmung der Sulfatfracht erteilen?
6. Wird das geplante Gutachten zur Vorhersage der Sulfatkonzentrationen gemeinsam von den Ländern Berlin und Brandenburg erstellt bzw. in Auftrag gegeben oder nur durch das Land Berlin?
7. Wie lautet die konkrete Aufgabenstellung dieses Gutachtens und welchen Untersuchungsraum wird das Gutachten umfassen?
8. Läuft zur Vergabe des Gutachtens eine öffentliche Ausschreibung? Wenn ja, wann endet die Ausschreibungsfrist? Wenn nein, warum nicht?
9. Ist schon bekannt, wer das Gutachten verfassen wird? Wenn ja, wer wird an der Erstellung des Gutachtens beteiligt sein?
10. Wann sollen die Ergebnisse des Gutachtens vorliegen?
11. Ist die Landesregierung der Auffassung, dass dieser Zeitpunkt ausreicht, um rechtzeitig eine Beteiligung der LMBV an den Kosten zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung des Raumes Frankfurt (Oder) durch das Wasserwerk Briesen zu erwirken? Wenn nein, was wird die Landesregierung diesbezüglich noch tun?
12. Für welche Brückenbauwerke in Brandenburg und Berlin sind der Landesregierung Betonschäden durch hohe Sulfatwerte in den Oberflächengewässern bekannt? Wer kommt für entsprechende Schäden auf?
13. Sind der Landesregierung neben den Wasserwerken weitere Branchen bzw. Firmen bekannt, die Probleme durch erhöhte Sulfatwerte in der Spree haben oder erwarten? Wenn ja, um welche handelt es sich und worin bestehen die Probleme?
14. Wie schätzt die Landesregierung die aktuellen Auswirkungen der hohen Sulfatwerte auf die Gewässerökologie ein? Treten bereits Probleme durch die Remobilisierung von Phosphor in den Gewässern auf? Wenn ja, wo und in welchem Umfang?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Wirtschaft und Energie die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Welche Emissionszielwerte galten bisher für die Einleitung von Sumpfungswässern aus den aktiven Tagebauen des Betreibers Vattenfall in der Lausitz in die Oberflächengewässer?

zu Frage 1: Emissionszielwerte für Sulfat sind nicht Gegenstand der wasserrechtlichen Einleitgenehmigungen.

Frage 2: Wie haben sich die tatsächlichen Emissionswerte von Sulfat in den einzuleitenden Sumpfungswässern aus den aktiven Tagebauen des Betreibers Vattenfall in den letzten drei Jahren entwickelt (bitte auch die Maximalkonzentrationen angeben)?

zu Frage 2: Sulfatkonzentrationen und -frachten sind Bestandteil des laufenden Datenaustausches zwischen den Landesbehörden, Vattenfall und der LMBV. Sulfat ist jedoch kein überwachungspflichtiger Parameter. Die in den Jahren 2012 bis 2015 ermittelten Sulfatkonzentrationen aus dem Ablauf der nachfolgend dargestellten Grubenwasserbehandlungsanlagen (GWBA) und dem Kraftwerk Jänschwalde sind in der nachfolgenden Tabelle dokumentiert.

| | Ablauf GWBA Schwarze Pumpe* | Ablauf GWBA Kringelsdorf* | Ablauf GWBA Tzschelln* | KW Jänschwalde |
|------|-----------------------------|---------------------------|------------------------|----------------|
| 2012 | 434 mg/l | 280 mg/l | 1768 mg/l | 269 mg/l |
| 2013 | 438 mg/l | 263 mg/l | 1766 mg/l | 258 mg/l |
| 2014 | 485 mg/l | 263 mg/l | 1813 mg/l | 323 mg/l |
| 2015 | 468 mg/l | 252 mg/l | 1680 mg/l | 375 mg/l |

* Die Einleitungen erfolgen auf sächsischem Gebiet.

Eine eindeutige Tendenz der Sulfatkonzentrationen der eingeleiteten Wässer ist in den letzten drei Jahren nicht feststellbar. Im Hinblick auf den jeweils rechnerisch ermittelten Mittelwert zeigen sich nur sehr geringe Schwankungen.

Frage 3: In welchem Umfang sollen diese Emissionszielwerte nach den Vorstellungen von Vattenfall erhöht werden und wie bewertet die Landesregierung diese Forderung?

zu Frage 3: Der Landesregierung ist eine Forderung der Vattenfall Europe Mining AG nach Erhöhung von Emissionszielwerten nicht bekannt.

Frage 4: Werden die Emissionszielwerte für Sumpfungswässer aus den aktiven Tagebauen ebenfalls auf Grundlage des Sulfatmonitorings im Rahmen der AG „Flussgebietsbewirtschaftung“ festgelegt? Wenn ja, welche wissenschaftlichen Einrichtungen bzw. ExpertInnen sind hieran beteiligt? Wenn nein, auf welcher wissenschaftlichen Grundlage werden diese Emissionswerte abgeleitet?

zu Frage 4: Grundsätzlich wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen. Im Auftrag der Mitglieder der AG „Flussgebietsbewirtschaftung Spree, Schwarze Elster und Lausitzer Neiße“ wurden durch die Ingenieurgesellschaft GEOS Freiberg mbH umfangreiche Untersuchungen und Modellierungen zu den zu erwartenden Sulfatfrachten in

der Spree im Abschnitt von Bautzen bis nach Berlin durchgeführt. Die Ergebnisse wurden hinsichtlich der Wirkung des Sulfats auf Bauwerke, auf die Ökologie und auf die Trinkwasserversorgung durch das Büro und die zuständigen Behörden bewertet. Auf dieser Basis wurden länderübergreifend gemeinsame Zielmarken des maximal tolerierbaren Sulfatgehaltes definiert. Die Einhaltung des Immissionsziels in Spremberg - Wilhelmsthal von 450 mg/l sichert die öffentliche Trinkwasserversorgung im Unterlauf der Spree.

Frage 5: Ab welchen Sulfatkonzentrationen im einzuleitenden Sumpfungswasser wird das Land Brandenburg dem Bergbaubetreiber Vattenfall konkrete Auflagen zur Eindämmung der Sulfatfracht erteilen?

zu Frage 5: Die Landesregierung verweist dazu auf die Antwort zu Frage 5 der Kleinen Anfrage 534 (Landtagsdrucksache 6/1500).

Frage 6: Wird das geplante Gutachten zur Vorhersage der Sulfatkonzentrationen gemeinsam von den Ländern Berlin und Brandenburg erstellt bzw. in Auftrag gegeben oder nur durch das Land Berlin?

Frage 7: Wie lautet die konkrete Aufgabenstellung dieses Gutachtens und welchen Untersuchungsraum wird das Gutachten umfassen?

zu den Fragen 6 und 7: Das vorgenannte Gutachten wird im Auftrag des Landes Berlin erstellt. Das Land Berlin hat im Aufgabenkomplex Wasserbeschaffenheit der gemeinsamen AG „Flussgebietsbewirtschaftung Spree, Schwarze Elster und Lausitzer Neiße“ informiert, dass mit dem Gutachten die Gründe der Sulfatkonzentrationserhöhung in der Spree im Jahr 2014 untersucht werden sollen.

Frage 8: Läuft zur Vergabe des Gutachtens eine öffentliche Ausschreibung? Wenn ja, wann endet die Ausschreibungsfrist? Wenn nein, warum nicht?

Frage 9: Ist schon bekannt, wer das Gutachten verfassen wird? Wenn ja, wer wird an der Erstellung des Gutachtens beteiligt sein?

Frage 10: Wann sollen die Ergebnisse des Gutachtens vorliegen?

zu den Fragen 8 bis 10: Für die Einzelheiten des Vergabeverfahrens ist das Land Berlin zuständig.

Frage 11: Ist die Landesregierung der Auffassung, dass dieser Zeitpunkt ausreicht, um rechtzeitig eine Beteiligung der LMBV an den Kosten zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung des Raumes Frankfurt (Oder) durch das Wasserwerk Briesen zu erwirken? Wenn nein, was wird die Landesregierung diesbezüglich noch tun?

zu Frage 11: Die bisherigen Prognosen gehen von einer Einhaltung des Trinkwassergrenzwertes am Wasserwerk Briesen aus. Die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg wollen diese Aussagen mit einer aktuellen Prognose überprüfen. Für eine finanzielle Beteiligung der LMBV an den Investitionen zur Sicherung der Trinkwasserversorgung müssen eindeutige gutachterliche Ergebnisse vorliegen, die die Gefahr der Überschreitung des Trinkwassergrenzwertes am Wasserwerk belegen.

Zur Stabilisierung der Sulfatkonzentration in der unteren Spree wird derzeit Wasser aus sächsischen Talsperren und Speichern zugeleitet, sowie Wasser aus der brandenburgischen Talsperre Spremberg bedarfsgerecht abgegeben. Zusätzlich wurden bereits hochsulfathaltige Ausleitungen aus Bergbaufolgeseen in Brandenburg reduziert.

Frage 12: Für welche Brückenbauwerke in Brandenburg und Berlin sind der Landesregierung Betonschäden durch hohe Sulfatwerte in den Oberflächengewässern bekannt? Wer kommt für entsprechende Schäden auf?

zu Frage 12: Im Zuständigkeitsbereich der brandenburgischen Straßenverwaltung sind an Brückenbauwerken im Bereich der Bundesfern- und Landesstraßen keine Schäden infolge zu hoher Sulfatwerte in Oberflächengewässern bekannt.

Frage 13: Sind der Landesregierung neben den Wasserwerken weitere Branchen bzw. Firmen bekannt, die Probleme durch erhöhte Sulfatwerte in der Spree haben oder erwarten? Wenn ja, um welche handelt es sich und worin bestehen die Probleme?

zu Frage 13: Nein.

Frage 14: Wie schätzt die Landesregierung die aktuellen Auswirkungen der hohen Sulfatwerte auf die Gewässerökologie ein? Treten bereits Probleme durch die Remobilisierung von Phosphor in den Gewässern auf? Wenn ja, wo und in welchem Umfang?

zu Frage 14: Hinsichtlich der Wirkungen von Sulfat auf die Gewässerbiologie (Fische, auf dem Gewässerboden lebende Organismen und Wasserpflanzen) konnten in den bislang untersuchten Fließgewässerabschnitten in Brandenburg keine signifikanten Einflüsse festgestellt werden. Zu Remobilisierungen von Phosphor durch erhöhte Sulfatkonzentrationen in der Spree liegen keine Kenntnisse vor.